

Änderungsantrag

der Fraktion der AfD

zu dem Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 18/160

Einführung der Palantir-Software in der Landesverwaltung Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 18/160 – um folgenden Abschnitt II zu ergänzen:

II. die Landesregierung zu ersuchen,

1. die Datenanalyse-Software „Gotham“ der Firma Palantir erst nach einer umfassenden, unabhängigen sicherheitstechnischen Prüfung und Abnahme in den Wirkbetrieb zu überführen sowie wesentliche und sicherheitsrelevante Aktualisierungen erneut unabhängig prüfen zu lassen;
2. die Analyseplattform nicht ohne vorherige gesetzliche Grundlage und parlamentarische Zustimmung um neue Datenquellen, zusätzliche Analysefunktionen, Funktionen künstlicher Intelligenz oder eine direkte Anbindung an Internet- und Social-Media-Dienste zu erweitern;
3. sämtliche Zugriffe des Herstellers oder externer Dienstleister auf technische Systembereiche auf das zwingend erforderliche Maß zu begrenzen, vollständig zu protokollieren und regelmäßig durch die Datenschutzaufsicht sowie die zuständigen parlamentarischen Gremien kontrollieren zu lassen;
4. unverzüglich europäische, möglichst deutsche Lösungen zu vergleichen und mit geeigneten europäischen beziehungsweise deutschen Partnern den Aufbau einer leistungsfähigen Entwicklungskooperation mit hoher Priorität voranzutreiben, um die digitale Souveränität des Landes zu stärken;
5. dem Landtag halbjährlich über Kosten, Nutzen, Sicherheitsvorfälle, externe Zugriffe, durchgeführte Prüfungen und den Entwicklungsstand einer europäischen, möglichst deutschen Nachfolgelösung zu berichten.

22.7.2026

Rothweiler, Hegel
und Fraktion

Begründung

Eine moderne und leistungsfähige Polizeiarbeit setzt den Einsatz digitaler Analysewerkzeuge voraus. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Terrorabwehr und organisierte Kriminalität. Auch bei der Umsetzung von Remigrationsmaßnahmen können digitale Analysewerkzeuge ein sinnvolles Hilfsmittel darstellen.

Unabhängig vom jeweiligen Hersteller muss der Schwerpunkt auf strengen rechtlichen Beschränkungen liegen. Ziel ist eine wirksame Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität, ohne dass anlasslose Massenüberwachung oder eine unbegrenzte Ausweitung von Eingriffsbefugnissen zugelassen werden.

Die Entwicklung einer europäischen, möglichst deutschen Alternative ist mit Nachdruck voranzutreiben.

Mit dem vorliegenden Antrag wird die Notwendigkeit moderner polizeilicher Analysefähigkeit mit klaren rechtlichen und parlamentarischen Schranken verbunden, um Missbrauch und anlasslose Überwachung zu verhindern und die digitale Souveränität Baden-Württembergs zu gewährleisten.